

Illustrierte Rundschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Schweiz : schweizerische illustrierte Zeitschrift**

Band (Jahr): **25 (1921)**

PDF erstellt am: **26.04.2024**

Nutzungsbedingungen

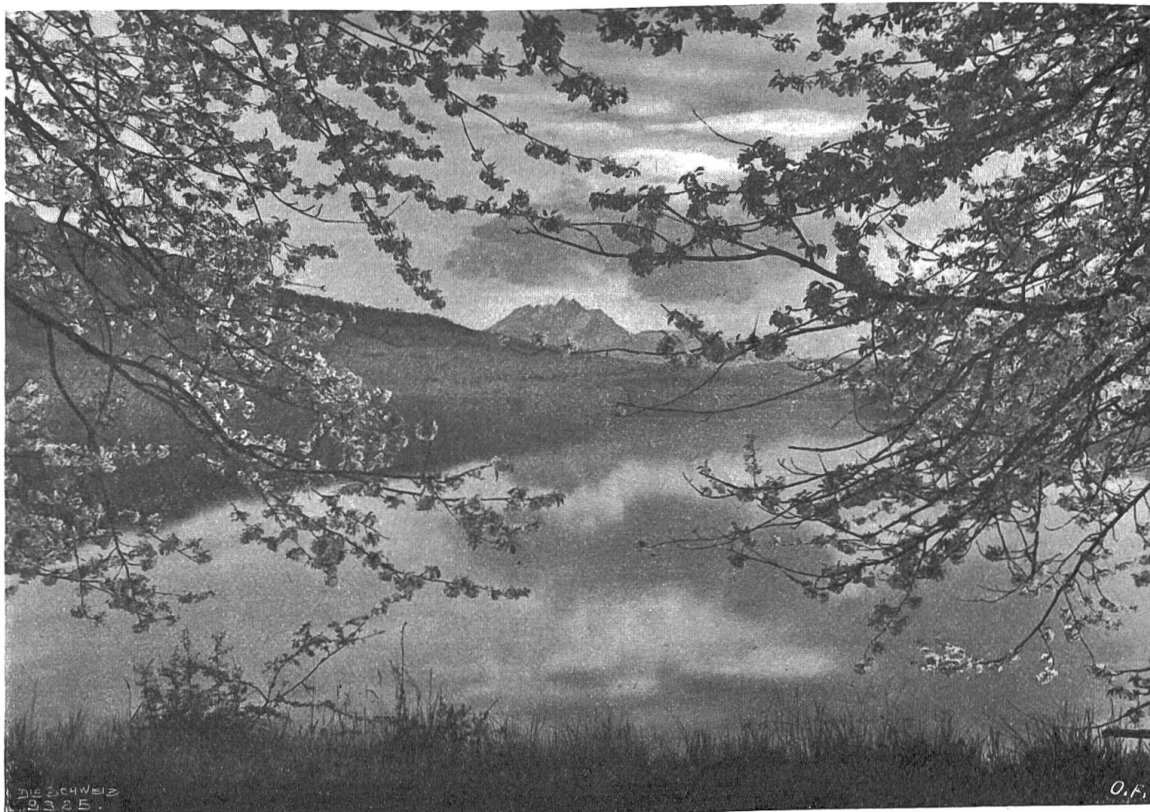
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Bluesst am Zugersee. Phot. Jean Gaberell, Thalwil.

Politische Uebersicht.

Zürich, 8. April 1921.

Die russische Revolution gegen die Heerscharen Trojks und Lenins, die von Kronstadt ausging, hat allerdings mit einer Niederlage der Aufständischen und der Einnahme Kronstadts geendet. Aber überall gärt es in der Sowjetrepublik, und eine Folge des Ereignisses ist der Friede mit Polen, der wohl von den Herren in Rußland „der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe“ geschlossen worden. Dreißig Millionen aus dem russischen Goldfonds und recht günstige Grenzen sind für die Polen das zufriedenstellende Ergebnis. Ob der Friede, um den Moskau mit Warschau so lange getörlt hat, wirklich von Dauer ist, hängt wohl eher von den Umständen als dem guten Willen zur Vertragstreue in Rußland ab. Die letzten Meldungen von neuen, allerdings niedergeschlagenen Aufständen in Kron-

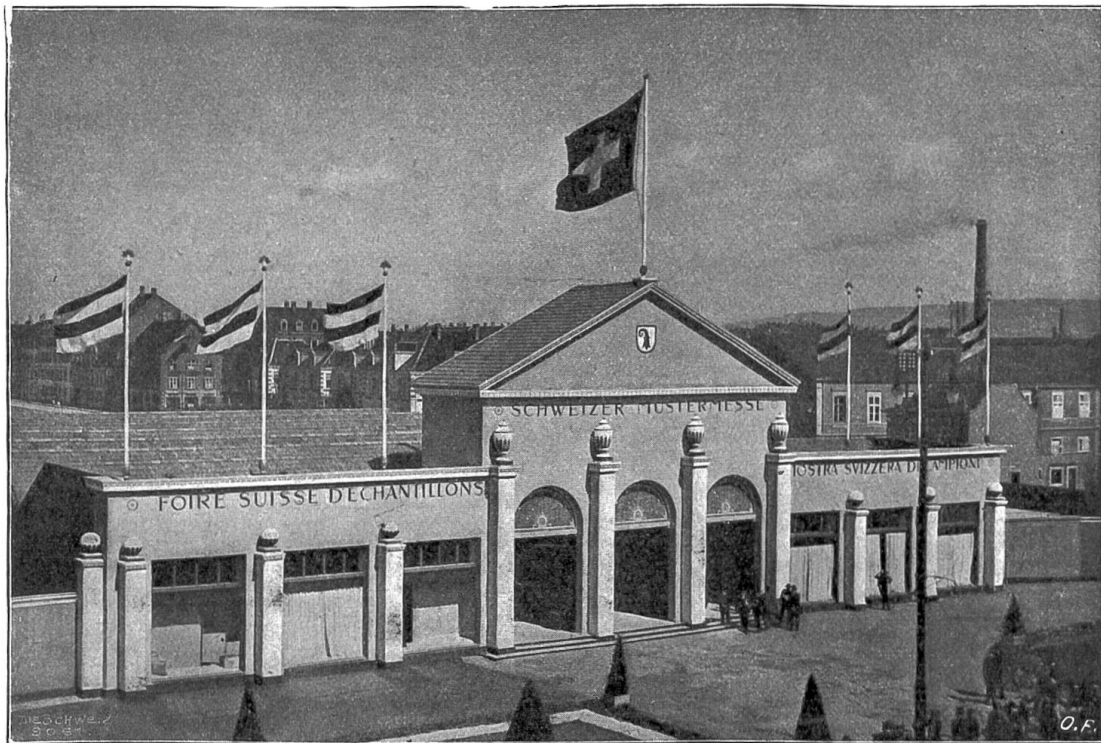
stadt, von dem siegreichen Behaupten Odessas durch die Revolutionäre und dem Rückzug der Sowjettruppen, vom Aufblühen der Kämpfe da und dort lassen vermuten, daß das Drama noch lange nicht zum Abschlusse kam und daß die allgemeine Auflehnung gegen die Diktatur von Moskau einer Hydra gleicht, der für jeden abgeschlagenen Kopf stets wieder ein paar neue nachwachsen. Dieser Gegendruck dürfte, wenn nicht zum Sturze, so doch zu einem gewissen Einlenken Lenins und Trojks führen. Daß Lenin sich bereit erklärt hat, mit den russischen Mehrheitssozialisten zusammenzuarbeiten und die Fehler eingesteht, die er in der Behandlung der Bauern gemacht, das darf wohl als weiteres Ergebnis der Unruhen von Kronstadt gebucht werden. Die Unterbindung des freien Handels mit Lebensmitteln hat

sich als Fehlgriff erwiesen. Der Glaube Lenins an den Sieg der Weltrevolution scheint etwas wankend geworden zu sein ...

Immerhin scheint russischer Einfluß und russisches Geld an den Aufständen in Mitteldeutschland nicht ganz unbeteiligt zu sein, und die deutschen Polizeitruppen hatten alle Hände voll zu tun, diese Revolten, die bedrohlich genug waren, niederzuschlagen. Die „roten Truppen“, bestehend aus bewaffneten Arbeitern, haben sich meist als besser bewehrt erwiesen, als die Schutztruppen der Regierung, und es kostete viele Opfer. Wie es heißt, sollte mit dem Dynamitattentat auf die Siegessäule in Berlin das Zeichen zum Aufruhr gegeben werden. Die Sprengkörper sind jedoch entdeckt worden, bevor sie zur Explosion kamen. Die Leuna-Werke, jenes große Unternehmen, das zur Herstellung von Stickstoff aus der Luft während des Krieges gegründet worden, waren von den Aufständischen besetzt, und es kostete harte Kämpfe, bis die Leuna-Werke wieder erobert waren. Heute scheint der Aufstand bis auf weiteres niedergeschlagen zu sein. Immerhin zeugen diese Ereignisse davon, daß die trostlose Lage Deutschlands, wozu natürlich auch die

Sanktionen das Ihre beitragen, und die reaktionären Bestrebungen gewisser Kreise, die die „gute alte Zeit“ lieber heute als morgen zurückhaben möchten, verbunden mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit, die innere Ruhe bedrohen und daß es nur eines geringen Anstoßes bedarf, um den angehäuften Sprengstoff wieder zur Explosion zu bringen.

Wie in London beschlossen worden, ist nun die Abstimmung in Oberschlesien am 20. März abgehalten und zugunsten Deutschlands entschieden worden. Rund 720,000 Stimmen haben für das Verbleiben beim Deutschen Reich, 471,000 für den Anschluß an Polen sich erklärt. Allerdings — damit ist vorläufig nur gesagt, daß die Mehrzahl sich so geäußert habe, nicht aber, daß nun ganz Oberschlesien bei Deutschland bleibe. Laut Friedensvertrag soll die Abstimmung bloß ein Beitrag zur Klärung des Problems sein. Die Entscheidung bleibt bei der Entente. Während man nun in Deutschland gegen jede Teilung Oberschlesiens ist, sind die Polen anderer Meinung. Denn die südöstlichen Kreise weisen eine zum Teil starke Mehrheit für Polen auf. Und in Frankreich würde man den Polen sehr gern den Teil des



Von der Schweizerischen Mustermesse in Basel, 16. bis 26. April: Die Messehalle in Kleinbasel.
Phot. Nic. Aluf.

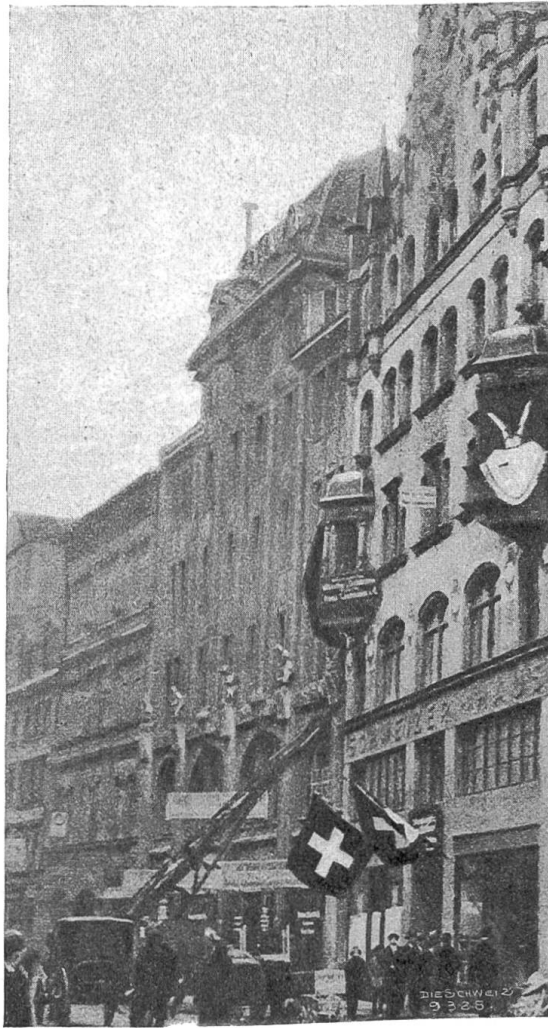
Landes zusprechen, der polnisch stimmte. Hier liegen aber die wichtigsten Erz- und Kohlengruben, ohne die bekanntlich Deutschland erklärte, die Reparations-schuld nicht bezahlen zu können, nachdem es bereits im Westen die wichtigsten Bergwerkgebiete verloren. Die Frage ist heikel, und ein Entreißen dieser Gebiete würde zweifellos Deutschland schwer schädigen und ihm die wirtschaftliche Wiederaufrichtung erschweren, ganz abgesehen davon, daß in Deutschland, schon durch das Inkrafttreten der Sanktionen und der Forderung der Wiedergutmachungskommission von 180 Milliarden Goldmark auf die nach ihrer Berechnung über zwanzig Kriegsgegner Deutschlands Anspruch hätten, eine Stimmung überhand nahm, die einer Verständigung große Hindernisse in den Weg legt. Diese Forderung berechnet die bisherigen Leistungen Deutschlands — statt auf 20 — auf 8 Milliarden, und fordert laut Friedensvertrag bis zum 1. Mai noch 12 Milliarden Goldmark. Deutschland, das bereits wegen des Ergebnisses der Londoner Konferenz eine Beschwerde an den Völkerbund gerichtet hatte, gestützt auf Art. 17 des Pactes, wandte sich zum zweiten Male Ende März an diesen, da die Alliierten, infolge der Weigerung der deutschen Regierung, die Forderung der Wiedergutmachungskommission anzuerkennen, Anstalten machten, neue deutsche Gebiete zu besetzen. Seltsam ist es schon, daß die Regierung

desselben Volkes, dessen Meinung vom Völkerbund, nach den Presseäußerungen zu urteilen, nichts weniger als sympathisch ist, nun bei dieser Institution sein Heil sucht. Wir dürfen auf den Erfolg der Beschwerden gespannt sein...

Daß aber ein Erstarren des Völkerbundes im allgemeinen Interesse liegt, geht auch aus der für die Schweiz über-

aus peinlichen Antwort der französischen Regierung auf die Note unseres Bundesrates wegen der Zonenfrage hervor. Obwohl man leider nicht viel Besseres erwartet hatte, so war die Antwort dennoch für viele eine schmerzliche Enttäuschung. Denn — das muß mit aller Entschiedenheit behauptet werden — Frankreich begeht mit der einseitigen Lösung des Problems einen Rechtsbruch, es verletzt einen bestehenden Vertrag, nach dem die Freien Zonen einfach bestehen und der Zollfordon nicht an die politische Grenze vorgeschoben werden darf. Der Satz, daß die französische Regierung nun ihre Handlungsfreiheit zurücknehme und „entsprechend den

wiederholten Wünschen der Deputiertenkammer des Senates sich genötigt sehe, einen Gesetzesentwurf einzubringen, durch welchen sie ermächtigt werde, den Zollfordon an die politische Grenze zu verlegen“ — dieser Satz bedeutet doch nichts anderes als eine selbstherrliche Nichtachtung einer völkerrechtlichen Verpflichtung. Daß die französische Regierung die Möglichkeit, die Differenz



Von der Mustermesse in Leipzig: Das neu errichtete Schweizer-Haus, in welchem von nun an schweizerische Firmen ihre Produkte ausstellen.

einem Schiedsgerichte zu unterbreiten, ablehne, weil es sich um eine Frage handle, welche direkt die Souveränität Frankreichs berühre, erinnert be-
denklich an die Argumente, die seinerzeit im Haag gegen ein obligatorisches Schiedsgericht vorgebracht wurden. Der alte Geist der „Herrenmoral“ ist leider noch immer nicht erloschen. Noch immer geht Macht vor Recht, und zwar — auch in

Frankreich, das so schöne Worte über den Schutz der kleinen Nationen fand ... Ein Zeichen, wie ungesund es ist, sich als Sieger zu fühlen! Wir hoffen nur, der Bundesrat lasse sich nicht einschüchtern und beharre auf seinem Recht, das laut Friedensvertrag, Art. 435, darin besteht, daß „es Sache Frankreichs und der Schweiz sei, unter sich durch gemeinschaftliches Übereinkommen die Rechtslage dieser Gebiete zuregeln, unter Bedingungen, welche von den beiden Ländern für zweckmäßig gehalten werden.“ Das ist deutlich und klar; jede falsche Interpretation ist unmöglich. Das sollte man in Frankreich einsehen.

Daß Karl von Habsburg eine recht wenig überlegte und gegen die Schweiz, die ihm Asyl bot, nicht gerade rücksichtsvolle Österreichische Reise nach Budapest unternahm und man daraus den Schluß



Prof. Dr. F. Hennings trat mit Ende des Wintersemesters 1920/21 von seiner Professur für Straßen- und Eisenbahnbau an der Eidg. Technischen Hochschule zurück und wird sich nach seiner Heimat, Deutschland, begeben, um dort seinen Ruhestand zu genießen.

Budapest ersuchte in der Ofener Hofburg Oberhofmeister Graf Hunyady zunächst den diensttuenden Adjutanten Horthys, die Gemächer des Exkönigs zu öffnen. Während dies geschah, begab sich Karl, dem alle Wachen die militärischen Ehren erwiesen, in seinen Trakt. Hier fand die Besprechung mit dem Reichsverweser Horthy statt, in der Karl verlangte, daß ihm die Regierung übergeben werden sollte, da er nie auf seine Thronrechte verzichtet hätte. Dieser wollte aber sein Mandat nicht niederlegen, worauf sich Karl tief enttäuscht nach Steinamanger zurückbegab.

Alle Verhandlungen blieben erfolglos. Daß militärische Anhänger zum Exkaiser übergingen, vor allem der



Emil Colomb, Mitglied der Generaldirektion der S. B. B., Vorsteher des Finanzdepartements, hat seinen Rücktritt genommen. Sein Departement wird nicht wieder besetzt (Reorganisation und Vereinfachung der Verwaltung der Bundesbahnen). Phot. Anton Krenn, Zürich.

Oberst Lehar, der Bruder des Komponisten, daß dem Kaiser Huldigungen dargebracht wurden — das alles half nichts: Exkönig Karl mußte wieder zurückkehren, von wannen er kam. Allerdings dürfte er nun etwas weniger Bewegungsfreiheit im Lande genießen, in dem die Stammburg seiner Ahnen steht. — Es handelt sich für ihn nicht mehr um eine Niederlassungsbewilligung auf Schweizergebiet, sondern nur um eine jederzeit widerrufliche Gestattung der Einreise, zum Zweck, den Staaten entgegenzukommen, die darum bitten, weil sie darin den besten Weg sehen, Karl von Habsburg aus den Ländern, in denen er Thronansprüche erhebt, möglichst rasch zu entfernen und so die Gefahr verhängnisvoller Wirren sofort zu ersticken. Die Haltung des Bundesrates soll denjenigen Regierungen entgegenkommen, die Karl gegen seinen Willen sofort abschieben wollen. Der Bundesrat soll nur mit einem kurzen Verweilen Karls in der Schweiz rechnen.

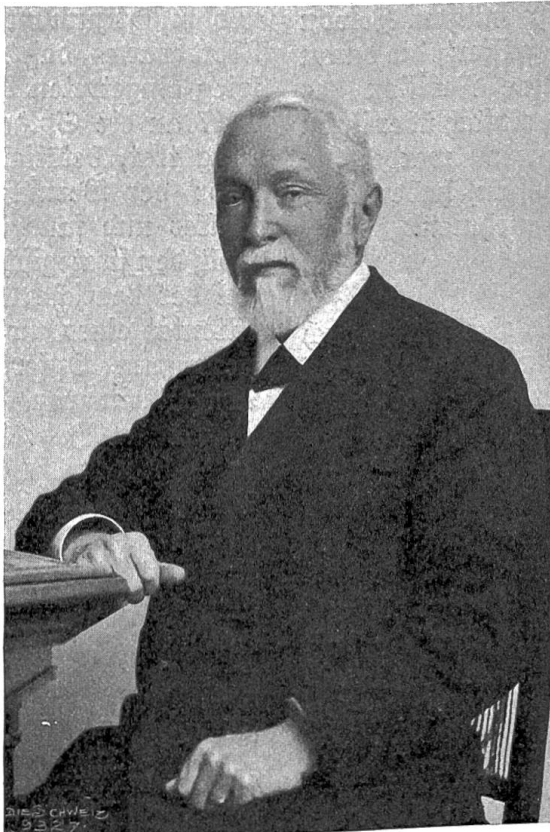
Karl ist nun im Hotel National in Luzern abgestiegen, da ihm die Waadtländer die Rückkehr nach Brangins nicht mehr gestatten wollen.

Daß die Abreise hauptsächlich auf die ganz entschiedenen Erklärungen der Ententestaatsmänner, daß eine Wiederherstellung der Dynastie Habsburg von ihnen nicht geduldet werde, und auf die Kriegsdrohung Jugoslawiens hin erfolgt ist, dürfte wohl feststehen. Denn die Huldigungen, die dem Exkönig entgegengebracht wurden, lassen vermuten, daß weite Kreise Ungarns seiner Wiedereinsetzung nichts in den Weg gelegt hätten.

In England ist — nun zum zweiten Male innerhalb weniger Monate — ein Bergarbeiterstreik ausgebrochen, dessen Ausdehnung auf andere Berufsgruppen keineswegs als ausgeschlossen erscheint. Bekanntlich hatte im Kriege der englische Staat den Besitzern der Bergwerke die Leitung der Kohlenbergwerke entzogen, indem er jenen einen gewissen Zins sicherstellte, den Arbeitern hohe Löhne zugestand, und das Ergebnis war für den Staat auch finanziell nicht schlecht.

Nun aber zwang die ausländische Konkurrenz die Exportpreise der englischen Kohle wesentlich zu reduzieren, die Ueberschüsse aus der Kohlenindustrie verwandelten sich in Defizite, und der Staat beabsichtigte nun, auf 1. April die Bergwerke wieder an die Unternehmer zurückgehen zu lassen und die staatliche Aufsicht einzustellen. Die Folge dieser Maßnahme wäre nun natürlich ein Zurückgehen der Löhne, welche die Bergwerksbesitzer einfach nicht mehr aufbringen könnten, weshalb die Arbeiter eine Staatssubvention forderten, die

den Unternehmern ermöglichte, die Bezahlung ihrer Arbeiter auf der bisherigen Höhe zu halten. Schon der Konsequenzen wegen kann der Staat diese Forderung nicht bewilligen. Das war der äußere Anlaß dieser bedenklichen Arbeitseinstellung. Die Streikenden setzten sogar Gruben unter Wasser, was deren Benutzung auf längere Zeit verunmöglicht. Sollte die Bewegung auch andere Berufsgruppen, z. B. das Verkehrspersonal ergreifen, so hätte sie ruinöse Folgen, die nicht abzusehen sind.



Rektor Joh. Schurter tritt als Rektor der Handelsabteilung der Höheren Töchter Schule in Zürich mit Ende des Schuljahres 1920/21 zurück.

Der in Barcelona tagenden Verkehrs- und Transitkommission des Völkerbundes wurde ein Antrag eingebracht, man wolle in die allgemeine Konvention zur Erleichterung des internationalen Verkehrs und Transits eine Bestimmung aufnehmen, wonach alle Verträge, welche mit der neuen Konvention nicht in Einklang zu bringen wären, aufgehoben werden sollten. Da nun eine derartige Verpflichtung auch dem Gotthardvertrag ein Ende bereiten würde, erklärte Italien, seine Zustimmung verweigern zu müssen. Hievon ist auch die Schweiz interessiert, die daran festhalten muß, daß eine Revision des Gotthardvertrages nicht einfach über ihren Kopf hinweg vorgenommen werde; die Staaten, die ihn geschlossen, haben auch seine Abänderung vorzunehmen.

* * *

Zwei politische Morde fallen noch in unsere Berichtsperiode. In Spanien ist der Ministerpräsident Dato in seinem Automobil erschossen worden. Drei italienische Anarchisten konnten als die Täter festgestellt werden, und einer von ihnen, Matteo, ist verhaftet und erwartet das Urteil. Die Verhängung des Standrechtes über Barcelona, wo fortwährend Unruhen und revolutionäre Umtriebe stattfanden, soll die Mörder zu der Tat bewegen haben. Dato war Führer der Konservativen, ein Castilianer. Als dem unterschiedenen Verfechter der spanischen Neutralität im Weltkrieg kommen ihm hohe Verdienste zu; denn es ist weder König Alphonso noch Datos damaligem Nachfolger Romanones zu verdanken, daß diese Neutralität aufrecht erhalten blieb. Als dann die Gefahr, infolge rücksichtsloser Versenkung spanischer Fahrzeuge durch deutsche Torpedos doch in den Krieg verwickelt zu werden, drohte, gelang es Dato, der 1915 Romanones hatte Platz machen müssen, wieder an die Spitze der Regierung zu kommen und so die Neutralität aufs neue zu retten. Der Völkerbund verliert in Dato einen warmen Freund.

In den selben Tagen ist in Berlin der berühmte und — als Armeniermörder — auch berühmte Talaat Pascha einem Attentat zum Opfer gefallen. Die Laufbahn dieses gewandten Politikers und reinen Utilitaristen begann in einem Telegraphenbureau zu Saloniki, wo sich der junge Beamte der jungtürkischen Bewegung angeschlossen. Als der alte Sultan gestürzt war, begann er, der 1908 unter den Revolutionären in Konstantinopel eine Rolle gespielt hatte, Karriere zu machen. Er trat in die Regierung ein. Wohl nicht zum wenigsten Talaat Paschas Werk war es, daß die Türkei in den Weltkrieg eingetreten ist. Als Talaat Pascha 1917 an die Spitze der türkischen Regierung trat, betätigte er sich als Organisator der Vernichtung des armenischen Volkes und fand in dem alten von der Gölz den strategischen Helfer. Bekanntlich fiel der deutsche General seinerzeit dem Attentat eines mohammedanischen Offiziers zum Opfer, dessen Mutter eine Armenierin war.

Als im Jahre 1918 die Türkei am Ende ihrer Kräfte angelangt war, mußte Talaat Pascha fliehen, um nicht in die Hände der Alliierten zu fallen. Er fand ein Asyl in Berlin, und hier hat ein junger Armenier aus Salmat in Persien, dessen Eltern den Schergen Talaats selber zum Opfer gefallen, das Urteil seines Volkes an dem wenig sympathischen Exminister vollzogen. So wenig ein Racheakt für erlittenes Unrecht zu billigen ist, so begreiflich ist er, rein menschlich genommen, besonders dann, wenn der Arm der Gerechtigkeit den Uebeltäter nicht erreicht. Daß mit Talaat Pascha — sein „Pseudonym“ lautete Ali Sali Bei — kein edler Mann starb, kann schon daraus geschlossen werden, daß er in Berlin sein luxuriöses Leben als Gerant eines — orientalischen Vergnügungsetablissemments ziemlich eindeutiger Art fristete ...

H. M.-B.

Unsere Kunstbeilage S. 196/97 ist die Reproduktion einer kolorierten Lithographie von Studer nach der Zeichnung von Pedraglio — nicht von A. Beer, wie infolge eines Versehens auf dem Blatte angegeben.
D. Red.



Alfred Kolb, Winterthur.

Mutter und Kind. Ölgemälde (1920).
Photogr. Aufnahme von Ernst Lind, Zürich.